

Kouchners Bewährungsprobe

Heute beginnt die Darfur-Konferenz / Von Michaela Wiegel

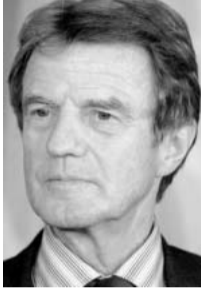
PARIS, 24. Juni. Mit der internationalen Darfur-Konferenz in Paris an diesem Montag will der neue französische Außenminister Kouchner (unser Bild) zeigen, dass es ihm mit seinem Versprechen ernst ist, der Menschenrechtspolitik stärkeres Gewicht zu verleihen. Im Wahlkampf war Kouchner nicht müde geworden, das Töten in Darfur als Genozid anzuprangern und internationale Handeln zu fordern. Der Mitbegründer der französischen Hilfsorganisationen „Ärzte ohne Grenzen“ und „Ärzte der Welt“ warb zusammen mit Ségolène Royals Sonderberater, dem Philosophen Bernard-Henri Lévy, im Nothilfekomitee „Urgence Darfour“ für ein Ende der öffentlichen Gleichgültigkeit. Dem Kandidaten Sarkozy gefiel der Tatenrang Kouchners, er nahm ihn beim Wort.

Jetzt steht der von der sozialistischen Führungsriege aus der Partei ausgeschlossene Kouchner in der Verantwortung. Als Außenminister kann er die internationale Gemeinschaft zu Initiativen bewegen. Für den 67 Jahre alten Arzt stellt die Konferenz deshalb eine erste Bewährungsprobe dar. Seinen Plan, aus Tschad heraus einen „humanitären Korridor“ in das Krisengebiet einzurichten und von europäischen Truppen schützen zu lassen, hatte der Außenminister schon überarbeitet müssen. Auf seiner ersten Afrika-Reise vom 6. bis zum 11. Juni ist es Kouchner zumindest gelungen, den Präsidenten Tschads, Idriss Déby, von der Notwendigkeit einer internationalen Schutztruppe im Osten des Landes zu überzeugen. Déby, dessen Land weiter eng an die ehemalige Kolonialmacht Frankreich gebunden ist, hatte sich zunächst schwergetan, dann aber einer internationalen „humanitären“ Schutztruppe auf seinem Staatsgebiet zugestimmt.

Kouchner will jetzt als internationaler Vermittler auftreten, der die Diplomatie in den Dienst humanitärer Einsätze stellt.

Dabei bleibt der Außenminister Realist, der keine zu hochgesteckten Erwartungen wecken will: „Wir können keine Entscheidungen für andere treffen.“ Im Vordergrund stehe der Wunsch, für die leidenden Menschen nützlich zu sein. Kouchner will auch die Initiative einer „Darfur-Kontaktgruppe“ vorantreiben, für die er vor allem China gewinnen will. Für eine Teilnahme an der Konferenz konnte er die amerikanische Außenministerin Rice, nicht aber die sudanesischen Regierung und die Afrikanische Union gewinnen, die etwa 7000 Soldaten nach Darfur entsandt hat.

Kouchners Darfur-Pläne stoßen dabei auf Kritik bei den französischen Hilfsorganisationen „Ärzte ohne Grenzen“ und „Ärzte der Welt“, die im Krisengebiet im Einsatz sind. Sie lehnen die „militärische Strategie“ des neuen Außenministers ab. „Bernard Kouchner wollte sich in unseren Schutz einmischen, in dem er humanitäre Korridore errichten wollte. Aber er hat festgestellt müssen, dass das nicht funktioniert, weil Frankreich nicht allein agiert“, sagt der Präsident von „Ärzte ohne Grenzen“, Jean-Hervé Bradol. Er hält Kouchner vor, einer „politischen Kampagne neokonservativer Inspiration“ aufgesessen zu sein. Der Linksintellektuelle Bernard-Henri Lévy hingegen warf den Hilfsorganisationen eine „beschämende Polemik auf dem Rücken von Massakrierten“ vor. Er sagte, es falle gewissen Leuten in Frankreich anscheinend schwer sich vorzustellen, dass „ein Genozid von Afrikanern an Afrikanern begangen“ werden könne, ohne die Einmischung des „bösen imperialistischen weißen Wolfes“.



gelegt Zeitplan, der einen Parteitag erst nach den Kommunalwahlen im Frühjahr abhalten will. Frau Royal, die unlängst ihre private Trennung von Hollande bekanntgegeben hat, erhebt Anspruch auf den Parteivorsitz und will 2012 wieder als Präsidentschaftskandidatin antreten. Einer ihrer erklärten Gegner, der Senator Mélenchon, sagte, durch den Beschluss des Nationalrats sei „ein Putsch verhindert“ worden. Frau Royal nahm an dem

Tadić entschuldigt sich bei Kroaten

kps. RIJEKA, 24. Juni. Der serbische Präsident Boris Tadić hat sich für den Krieg gegen Kroatien entschuldigt. „Ich entschuldige mich bei allen Angehörigen der kroatischen Nation, die ins Unglück gestürzt wurden, und im Namen meines Volkes übernehme ich dafür die Verantwortung“, sagte der serbische Präsident in einem Interview, das vom kroatischen Fernsehen am Sonntagmittag ausgestrahlt wurde. Im September 2003 hatten sich schon der damalige Präsident von Serbien und Montenegro, Svetozar Marović, und der kroatische Präsident Stjepan Mesić anlässlich eines Treffens in Belgrad gemeinsam für das Unrecht entschuldigt, das sich Angehörige beider Nationen gegenseitig zugefügt haben. Tadić ist jedoch das erste serbische Staatsoberhaupt, das eine solche Entschuldigung ausgesprochen hat.

An diesem Montag begeht Kroatien den Tag der Eigenstaatlichkeit, der an die Unabhängigkeitserklärung am 25. Juni 1991 erinnert. An diesem Tag hatte auch Slowenien die Unabhängigkeit proklamiert. Während der Krieg Belgrads gegen Slowenien nach einer Woche zu Ende ging, weil die Jugoslawische Volksarmee der doppelt so starken slowenischen Miliz nicht gewachsen war, setzte die serbische Aggression gegen Kroatien im Sommer 1991 mit voller Wucht ein. In dem Krieg, der im August 1995 endete, wurden nach Angaben des damaligen kroatischen Präsidenten Tudjman 10 668 Soldaten und Zivilisten getötet und 2915 Menschen vermisst. Im selben Zeitraum wurden nach serbischen Angaben, die sich auf Quellen der Vereinten Nationen stützen, 6799 Serben getötet oder vermisst.

In dem Interview nahm Tadić auch zur Kosovo-Frage Stellung. Sein Land sei in den Verhandlungen flexibel, sagte der serbische Präsident, es sei aber nicht bereit, sich völkerrechtswidrige Lösungen aufzuzwingen zu lassen. Deshalb könne die serbische Haltung „weder chauvinistisch noch nationalistisch“ genannt werden. Tadić nahm am Sonntag in Zagreb an einem südosteuropäischen Energiegipfel teil, zu dem der kroatische Präsident Mesić eingeladen hatte. Neben den Präsidenten von Bulgarien, Rumänien, Albanien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien und Kroatien war auch Wladimir Putin anwesend. Vor seiner Abreise in Moskau sagte Putin, er wolle sich in Zagreb bei den Ländern der Region über ihre Einschätzung der Kosovo-Problematik informieren.



Requiem im Stephansdom: Am Samstag wurde in Wien der ehemalige UN-Generalsekretär und frühere österreichische Staatspräsident Kurt Waldheim beigesetzt. Er war am 14. Juli im Alter von 88 Jahren gestorben.

Foto dpa

Israel gibt palästinensisches Geld frei

Genauere Summe soll in Scharm al Scheich festgelegt werden / Heute Gipfeltreffen

JERUSALEM, 24. Juni. Die israelische Regierung hat am Sonntag beschlossen, die von ihr seit mehr als einem Jahr einbehaltenen palästinensischen Zoll- und Steuereinnahmen an die Autonomiebehörde weiterzugeben. Sie bereitet damit den Weg für die Wiederaufnahme eines politischen Dialogs vor, der an diesem Montag in Scharm al Scheich auf dem Sinai beginnen soll. Auf Einladung des ägyptischen Präsidenten Mubarak werden sich der israelische Ministerpräsident Olmert, der palästinensische Präsident Abbas und der jordanische König Abdullah treffen.

Noch ist unklar, wie viel Geld Israel den Palästinensern überweisen wird. Die Summe und die Modalitäten würden in Gesprächen mit Abbas in Scharm al Scheich und danach festgelegt, sagte die Sprecherin Olmerts. In Presseberichten schwanken die Beträge, die Israel seit Februar 2006 einbehalten hat, zwischen mehr als 1,4 Milliarden Dollar und 700 Millionen. Zunächst könnten bis zu 400 Millionen Dollar freigegeben werden, weil mit einem Teil des einbehaltenen Geldes palästinensische Schulden in Israel beglichen werden sollen.

Die Autonomiebehörde erwartet zudem den Rückzug der israelischen Armee aus den palästinensischen Städten im Westjordanland und dort einen schrittweisen Verzicht auf Militärsaktionen. Nach dem bekanntgewordenen israelischen Plan sollen auch etwa 100 feste und 150 improvisierte

(„fliegende“) Straßensperren nach und nach geräumt werden. Palästinensischen Geschäftsleuten soll es wieder erlaubt werden, nach Israel zu kommen.

Auf dem Gipfeltreffen hofft die palästinensische Führung auch auf Zusagen über die Freilassung von Häftlingen. So würde Abbas gerne den Fatah-Politiker Barguti freibekommen, der nach Umfragen in den Palästinensergebieten der beliebteste Politiker ist. Abbas kann aber keine Gegenleistung anbieten, denn den vor einem Jahr entführten israelischen Soldaten Schalit halten Islamisten im Gazastreifen fest, auf den Abbas keinen Einfluss mehr hat.

Die amerikanische Außenministerin Rice hatte nach Presseberichten versucht, Olmert dazu zu bewegen, mit Abbas auch über den endgültigen Status der Palästinensergebiete zu verhandeln. Auch wenn dieser Vertrag zunächst „für die Schublade“ erarbeitet worden wäre, hätte er einen klaren politischen Horizont für die Palästinenser geboten, hatte Frau Rice argumentiert. Olmert lehnte das ab, da ein solcher Vertrag derzeit nur unerfüllbare Hoffnungen wecken würde. Erst müsse die palästinensische Führung fest im Sattel sitzen.

Die israelische Regierung hofft, dass Abbas nach ihren jüngsten Zugeständnissen den Kampf gegen die Terroristen aufnimmt. Israel könne von der palästinensischen Führung, deren Sicherheitskräfte gerade im Gazastreifen eine schwere Niederlage hinnahmen, nicht erwarten, dass sie

im Westjordanland gegen die Terroristen erfolgreicher sei als Israels Armee, wird dagegen in Jerusalem eingewandt. Die Islamisten im Westjordanland seien nur unwesentlich schwächer als in Gaza. Abbas geht jetzt entschlossener gegen Islamisten vor. So ließ er mehrere hundert Hamas-Kämpfer festnehmen und ihre Milizen verbieten. Auch versucht er zu verhindern, dass die Hamas Geld erhält. Abbas ordnete an, dass alle nichtstaatlichen Organisationen und Einrichtungen innerhalb einer Woche eine neue Genehmigung beantragen müssen. Offenbar will er damit die zahlreichen Organisationen der Hamas treffen. Die warnen davor, dass ein Verbot schwer durchsetzbar sei, da sie wegen der Armut für viele lebenswichtig geworden seien.

Unterdessen berichtete die Zeitung „Maariv“, Iran, Syrien und Qatar hätten im Voraus gewusst, dass die Hamas die Macht im Gaza übernehmen wollte. Der militärische Flügel sowie Hamas-Politiker wie Zahar und Siam hätten die Operation koordiniert. Mehrere Hamas-Kommandeure seien von Gaza nach Damaskus gereist, um dort den Hamas-Politbüro-Chef Meschal zu treffen. Iran habe Geld gegeben und Truppen trainiert, schreibt „Maariv“. Der heutige Chef im Gazastreifen sei der Anführer des militärischen Arms der Hamas, Dschaabari. Er, Zahar und Siam hätten gegen den Willen von Meschal und des früheren Ministerpräsidenten Hanijja die Militäroperation durchgesetzt.

Sozialisten stärken Hollande

FRANKFURT, 24. Juni. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs hat sich gegen die Forderung der unterlegenen Präsidentschaftskandidatin Royal ausgesprochen, bald eine neue Parteiführung zu bestimmen. Fast einstimmig billigten die etwa 300 Delegierten am Samstag den von Parteichef Hollande vor-

Heute neu im Handel:

Börsenpsychologie Ein Lob der Gier und der Lust am Spekulieren
Energiegipfel Politiker entdecken Spartechnik

Plus Design Die schönsten neuen Produkte

Wirtschafts Woche

26

Gratis im Heft: Die Sprache des Erfolgs. Der exklusive Rhetorik-Coach auf CD. Inklusive Entspannungsübungen.

Rhetorik
Ihr persönlicher Trainer für mehr Erfolg!

Überleben im Büro
Umringt von Blendern, Cholerikern, Intriganten? Wie Sie sich gegen Chefs und Kollegen durchsetzen

Jetzt Probe lesen unter: www.wiwo.de/montag
Abo-Hotline: 018 05 - 99 00 20*
*14 ct/Min aus dem deutschen Festnetz

Lesen Sie außerdem:

- Hoffnung: Neue Impfstoffe sagen dem Krebs den Kampf an
- Wendung: Yahoo-Gründer Yang und seine neuen Pläne

AKP will neue Verfassung

Mehr Liberale und Sozialdemokraten, weniger Islamisten / Erdogan stellt Wahlprogramm vor

Her. ISTANBUL, 24. Juni. Der türkische Ministerpräsident Erdogan hat am Sonntag das Wahlprogramm der regierenden AKP vorgestellt. Damit hat die heiße Phase des Wahlkampfs für die am 22. Juli stattfindenden Parlamentswahlen begonnen. Erdogan kündigte an, die AKP wolle „mehr Demokratie“ schaffen und die Achtung der Menschenrechte verbessern. Zudem solle eine neue Verfassung mit einem kürzeren Text erarbeitet werden. Sie solle sich auf die unabänderlichen Prinzipien beschränken und an die Stelle der Verfassung von 1982 treten, die die Putschgeneräle von 1980 geschrieben hatten.

Die neue Verfassung solle den demokratischen und säkulareren Rechtsstaat garantieren, aber auch unveräußerliche Grundrechte und Freiheiten des Individuums, wie sie die Europäische Menschenrechtskonvention formuliere, sagte Erdogan. Er kündigte eine „Nulltoleranz“ bei Menschenrechtsverletzungen an. Auf Kosten der Kompetenzen des Staatspräsidenten solle die neue Verfassung das Parlament stärken. Verbessert werden sollen die Bedingungen in den Gefängnissen. Zugleich solle die Konsolidierung der Staatsfinanzen weitergehen. Nachdem sich das Jahreseinkommen pro Einwohner seit 2001 verdoppelt habe, werde es sich in den kommenden Jahren abermals – und zwar auf 10 000 Dollar – verdoppeln, stellte Erdogan in Aussicht.

Eine Gruppe von 20 Personen unter Leitung von Außenminister Gül hatte das

Wahlprogramm ausgearbeitet. Sahin Alpay, Professor für Politikwissenschaft an der Bahceshir-Universität, hält es für das „liberalste Programm“ einer großen Partei in der Geschichte der Türkei. Alpay war einst persönlicher Referent des Vorsitzenden der oppositionellen „Republikanischen Volkspartei“ (CHP), Deniz Baykal. Zu den Autoren des AKP-Programms gehören Ertugrul Günay, ein früherer Generalsekretär der CHP, und der renommierte Verfassungsrechtler Zafer Üskül, der als Sozialdemokrat bisher ebenfalls der CHP nahestand, bis diese eine nationalistische Partei wurde.

Bei der Wahl kandidiert neben Günay und Üskül auch Haluk Özdalga, einer der bekanntesten sozialdemokratischen Denker der Türkei, für die AKP. Als Kandidat gewann sie ferner den linken alevischen Intellektuellen Reha Camuroglu und den bekannten Filmregisseur Osman Yagmurdereli. Üskül und Özdalga begründen ihre Kandidatur damit, dass in der Türkei nicht der Säkularismus in Gefahr sei, sondern die Demokratie. Die lange Liste bekannter liberaler und sozialdemokratischer Politiker zeige, dass sich die AKP diesen gegenüber geöffnet habe, sagt Alpay. Der armenische Patriarch Mesrob II. empfahl den Gläubigen seiner Kirche, die AKP zu wählen, da sie sich für eine Verbesserung der Lage der Minderheiten einsetze.

Zur Öffnung der AKP kommt es auf Kosten des islamistischen Flügels der Par-

tei. Von den 352 Abgeordneten der AKP werden 200 nicht mehr nach Ankara gehen, sagt Erdogans Berater Cüneyd Zapsu. Vor allem Anhänger der islamistischen „Milli Görüş“ scheiden aus. Ohne die Atmosphäre der Angst, die das Establishment nach der gescheiterten Präsidentschaftswahl geschaffen hatte, hätte die AKP viel mehr Liberale und Sozialdemokraten gewonnen, vermutet Zapsu. In den Mittelpunkt ihres Wahlkampfs stellt die AKP Stabilität und Demokratie. Die Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs setze voraus, dass es weder im Innern noch außerhalb der Türkei Konflikte gebe, sagt Zapsu. Als Indiz für die Notwendigkeit von mehr Demokratie nennt Erdogans Berater, dass das Verfassungsgericht bis heute nicht die Begründung für die Annullierung der Präsidentschaftswahl veröffentlicht habe, obwohl die gleichen Bedingungen wie bei den drei letzten Wahlen von Özal, Demirel und Sezer angewandt worden seien. „Dazu gibt es ja auch keine juristische Begründung.“ Einen Schwenk in ihrer Wahlstrategie hat in den vergangenen Wochen die oppositionelle CHP vollzogen. Zunächst hatte sie sich an der Seite des Militärs auf den „Schutz des Säkularismus“ konzentriert. Als sie in Meinungsumfragen nicht über 20 Prozent kam, setzte sie auf das Thema Sicherheit und Terror. Sie macht nun die Regierung für die Anschläge der kurdischen Terrororganisation PKK verantwortlich. Mit jedem Anschlag kommt auch die nationalistische MHP über die Sperrklausel von zehn Prozent.

Todesstrafe für „Chemie-Ali“

BAGDAD, 24. Juni (dpa/AP). Ein irakisches Gericht hat am Sonntag einen Cousin Saddams Husseins, Ali Hassan al Madschid, wegen Völkermords an den Kurden zum Tode verurteilt. Auch der ehemalige Verteidigungsminister Sultan Haschim und der Armee-Kommandeur Hussein al Raschid wurden zum Tod durch den Strang verurteilt. Al Madschid erhielt den Beinamen „Chemie-Ali“, weil er den Einsatz von Giftgas gegen kurdische Zivilisten angeordnet hatte. Wegen der Massenerschießungen, Folterungen und Vertreibungen im Nordirak wurden zwei weitere Angeklagte zu lebenslanger Haft verurteilt. Ein sechster Angeklagter wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Urteile muss noch eine Berufungskammer bestätigen. Im Irak kamen am Wochenende bei neuer Gewalt sieben amerikanische Soldaten und mehr als zehn Zivilisten um.

Solana: Konstruktive Atomgespräche mit Iran

LISSABON, 24. Juni (Reuters/dpa). Im Atomstreit mit Iran hat sich der EU-Außenbeauftragte Solana nach den jüngsten Gesprächen in Lissabon zufrieden geäußert. Es sei ein „konstruktives Treffen“ mit dem iranischen Chefunterhändler Laridschani gewesen, sagte Solana. Er hoffe auf eine weitere Begegnung in drei Wochen. Auch Laridschani sprach von einer guten Unterredung. Sein Land wolle den Streit auf diplomatischem Wege lösen. Auf die Frage, ob neue Sanktionen zu einer Aussetzung der Gespräche mit Solana führen könnten, antwortete Laridschani: „Wenn einige wagemutige Länder den Prozess der Diplomatie stören wollen, hätte das wohl Auswirkungen.“ Nach Angaben eines Sprechers des iranischen Außenministeriums vom Sonntag verlangte Iran bei dem Treffen eine Anerkennung seiner „nuklearen Rechte“.

Tote bei Gefechten im Libanon

TRIPOLI, 24. Juni (Reuters). Im Libanon ist es am Wochenende zu schweren Kämpfen zwischen muslimischen Extremisten und der Armee gekommen. Bei Zusammenstößen in Tripoli kamen sieben Extremisten, ein Soldat sowie drei Anwohner ums Leben, darunter ein vierjähriges Mädchen. Extremisten und Soldaten lieferten sich nach Angaben aus Militärkreisen am Sonntag stundenlange Gefechte. Unter den getöteten Extremisten sollen auch Araber sein, die nicht aus dem Libanon stammen. Unklar sei, ob sie zur Fatah al Islam oder zu einer anderen Extremistengruppe gehören. In dem Gebäude wurden nach Militärangaben Waffen gefunden. Im nahe gelegenen palästinensischen Flüchtlingslager Nahal al Barid wurden zudem vier libanesischen Soldaten getötet. Am Sonntag wurden von dort Schusswechsel und Granateinschläge gemeldet.